

AUS DER SESSION



Nationalrat will Lex Pistenbully

Um den Tourismus zu fördern, sollen Pistenfahrzeuge teilweise von der Mineralölsteuer befreit werden. Der Nationalrat ist auf eine entsprechende Gesetzesänderung eingetreten – gegen den Willen seiner Kommission. Diese war der Ansicht, dass keine weitere Ausnahme von der Mineralöl-Besteuerung geschaffen werden sollte. Der Nationalrat folgte aber mit 111 zu 67 Stimmen nicht dieser Empfehlung. Das Geschäft geht nun zurück an die Kommission zur Detailberatung. In der Debatte wurde zudem kritisiert, dass die Landesregierung in ihrer Vorlage schadstoffarme bevorzugt will. Der Bundesrat hätte die Vorlage gar nicht ausarbeiten wollen. Angefordert hatte sie das Parlament mit einer Motion von Ständerat Ständerat Isidor Baumann (Uri, cvp).

Schweizer Luchse für die EU

Bis zu zehn Luchse sollen im Jura eingefangen und in den Pfälzerwald nach Deutschland umgesiedelt werden. Rahmen dafür ist ein deutsches Projekt, das von der EU finanziert wird. Ziel des Projektes sei es, im Pfälzerwald in Westdeutschland wieder Luchse anzusiedeln, sagte Umweltministerin Doris Leuthard in der Fragestunde des Nationalrates. Im kommenden Winter kann laut ihren Aussagen mit dem Einfangen der Luchse begonnen werden. Bis im Frühling 2018 solle das letzte der bis zu zehn Tiere umgesiedelt sein. Neben den Schweizer Luchsen sollen auch zehn Argenossen aus den Karpaten in den Pfälzerwald umgesiedelt werden.

Kompensation für «Schoggi-Gesetz»

Der Ständerat hat alle Nachträge zum Voranschlag 2015 gutgeheissen. Eine nachträglich gewährte Erhöhung der Ausführbeiträge gemäss «Schoggi-Gesetz» will er dabei zum Teil innerhalb des Wirtschaftsdepartements (WBF) kompensieren. Der Nationalrat dagegen wollte bisher auf eine Kompensation verzichten. Einig sind sich die Kammer, die vom Bundesrat schon um 20 Millionen Franken erhöhten Ausführbeiträge um weitere 5.6 Millionen Franken aufzustocken. Mit der Kompensation – der letzten Differenz bei den Nachtragskrediten – hat sich nun erneut der Nationalrat zu befassen.

Einigung bei Legislaturplanung

Das Parlament greift nicht mehr in die Legislaturplanung ein. Bei der dritten Beratung über eine Änderung des Parlamentsgesetzes hat der Nationalrat dem Ständerat in dieser Frage nachgegeben. Zunächst hatte er darauf beharrt, dass der Bundesrat zu Beginn einer Amtsperiode seine Ziele den Räten in einer Botschaft vorlegt und das Parlament Änderungen beantragen kann. Der Ständerat hingegen will nur einen Bericht zur Legislaturplanung, den das Parlament zur Kenntnis nehmen kann.

Maut für Bundesrat denkbar

Für den Bundesrat ist die Idee einer Maut nach deutschem System eine denkbare Option für die Schweiz. Das machte Verkehrsministerin Doris Leuthard in der Fragestunde des Nationalrats deutlich. Das deutsche Gebührenmodell bittet ausländische Strassennutzer stärker zur Kasse, ohne die inländischen Autofahrer zusätzlich zu belasten. Das deutsche System ist allerdings rechtlich umstritten. In Deutschland ist man überzeugt, dass es kompatibel mit EU-Recht ist – die EU-Kommission hat aber eine rechtliche Überprüfung angekündigt. Auf eine Frage von Marco Romano (cvp, Tessin) antwortete Leuthard, dass die Einführung einer solchen Massnahme für die Schweiz geprüft würde, falls sich die deutsche Lösung als kompatibel mit dem EU-Recht erweisen sollte. (sda)lgia.

Die Räte einigen sich beim NFA

Der Nationalrat stimmt dem Kompromissangebot des Ständerats zu

Die Zahlungen in den Finanzausgleich werden zwischen 2016 und 2019 um jährlich 165 Millionen Franken reduziert. Damit ist das Geschäft nach hartem Stützeln zwischen Nehmer- und Geberkantonen bereit für die Schlussabstimmung.

For. Bern - Der Nationalrat hat sich am Montag dem Kompromissangebot des Ständerats angeschlossen. Dieser hatte vorgeschlagen, die Zahlungen in den Finanzausgleich (NFA) von Bund und Geberkantonen um 165 Millionen Franken pro Jahr zu reduzieren. Zuvor stand die grosse Kammer hinter der Haltung des Bundesrates, der die Beträge um 330 Millionen Franken kürzen wollte. Der Ständerat bestand ursprünglich darauf, den Ressourcenausgleich auf dem heutigen Niveau zu halten. In der kleinen Kammer haben die Nehmerkantone eine erdrückende Mehrheit.

Vergangene Woche kam dann Bewegung in die verhärteten Fronten. Der Ständerat zeigte sich bereit für eine Senkung um 165 Millionen Franken. Der Kompromiss hatte allerdings den grossen Kammer zu folgen und nicht

von Basel-Stadt und der Waadt nur Nehmerkantone dafür stimmten.

Entscheid aus Vernunft

Für die Mehrheit im Nationalrat, so schien es am Montag, sprachen vor allem Vernunftgründe für den Kompromiss. «Ständerat gegen Nationalrat, was bringt uns das?», fragte Heinz Siegenthaler (bdp, Bern). Man solle sich nun zu dieser Kappeler Milchsuppe zusammensetzen, statt sich weiterhin in aller Öffentlichkeit wegen Frankenbeträgen zu zerfeilschen. Die Kommission war weiterhin für den Vorschlag des Bundesrats, Siegenthaler reichte für die Minderheit den Kompromissantrag ein. Für den Kompromiss sprachen laut Jean-Paul Gschwind (cvp, Jura) das Entgegenkommen des Ständerats und die unterstützende Haltung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Der Widerstand gegen das Angebot des Ständerats war auch am Montag im Nationalrat stark. Beim Vorschlag des Bundesrats handelte es sich bereits um einen Kompromiss, sagte die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz. Es sei deshalb am Ständerat, der grossen Kammer zu folgen und nicht

umgekehrt. Ein weiteres Argument für die Position des Bundesrats ist laut Amaudruz die grössere Entlastung des Bundeshaushalts. Angesichts künftiger Sparübungen sei dies nicht zu vernachlässigen.

Mit der Kürzung um 330 Millionen Franken werde der schwächste Nehmerkanton 2016 eine Ausstattung von 86,8 Prozent des Schweizer Durchschnitts erreichen, sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Im Gesetz ist eine Mindestausstattung von 85 Prozent festgelegt.

Jährlich 67 Millionen weniger

Mit 107 zu 78 Stimmen schwenkte der Nationalrat auf den Vorschlag des Ständerats ein. Die Fronten verliefen quer durch die Fraktionen. Das Geschäft ist nun bereit für die Schlussabstimmung am kommenden Freitag.

Mit dem Kompromiss werden die Geberkantone von 2016 bis 2019 jährlich um 67 Millionen Franken entlastet. Für den Bund betragen die Einsparungen 98 Millionen Franken pro Jahr. KdK-Präsident Jean-Michel Cina erachtet die Chancen für ein Kantonsreferendum als gering, wie er gegenüber der Nachrichtenagentur SDA sagte.

Gegen Spekulationsregeln «auf Vorrat»

Nationalrat will keine Positionslimiten für Warenderivate

Der Nationalrat will dem Bundesrat mit knapper Mehrheit keine Kompetenz zur Eindämmung der Nahrungsmittelspekulation geben. Doch er wird Mithilfe haben, seine Haltung durchzusetzen.

hus. Bern - Schon der Name des Gesetzes ist schwer zu verdauen: Finanzmarktinfrastrukturgesetz. Der Inhalt ist auch nicht immer leicht verständlich, doch die Vorlage gilt als bedeutend für den Schweizer Finanzplatz. Weil die Finanzkrise gezeigt hatte, dass neben Banken auch zum Beispiel Börsen und andere Handelsplätze ein Systemrisiko sein können, gab es weltweit einen Regulierungsschub in Sachen «Finanzinfrastruktur». Dabei geht es besonders um neue Vorgaben für Transparenz, Verhaltens- und Meldepflichten im Handel mit Finanzderivaten. Die Schweizer Diskussion ist vor allem getrieben durch das Anliegen, den Marktzugang der hiesigen Akteure in der EU zu erhalten und deshalb einen Regelrahmen zu haben, der «internationalen Standards» entspricht bzw. von der EU als «gleichwertig» anerkannt wird.

Die grösste Kontroverse im Parlament entzündete sich an der Frage, ob das Gesetz auch den Rahmen für künftige Eindämmungen der Nahrungsmittelspekulation liefern soll. Der Ständerat hatte einer von der Verwaltung vorgeschlagenen Passage zugestimmt, welche der Regierung die Kompetenz gibt, Limiten für die Nettopositionen von Warenderivaten festzusetzen, sofern dies für eine «geordnete Preisbildung» nötig ist und der Bundesrat die internationalen Standards berücksichtigt. Der Bundesrat hatte versprochen, bei Bedarf für eine allfällige Verordnung über Positionslimiten eine Vernehmlassung durchzuführen.

Knapper Entscheid

Der Nationalrat entschied sich aber am Montag mit 95:91 Stimmen gegen einen solchen Kompetenzrahmen. Die Gegner (aus SVP, FDP und Teilen der CVP) brachten drei Botschaften vor: Eine solche Möglichkeit der Spekulations Eindämmung bringe keine tieferen Nahrungsmittelpreise, die Schweiz solle nicht «auf Vorrat» regulieren, und wenn es aufgrund der internationalen Entwicklung nötig werde, könne das Parlament später noch rechtzeitig reagieren.

Von Regulierung auf Vorrat könne nicht die Rede sein, betonten die Befürworter: Schon jetzt sei beschlossen, dass in der EU und den USA solche Regeln kämen. Zudem sei die Handelsbranche in der Schweiz ebenfalls für den vorgeschlagenen Kompetenzartikel. Da die Mehrheitsverhältnisse im Ständerat (32 zu 11 Stimmen) deutlich klarer waren als im Nationalrat, hat die kleine Kammer gute Chancen, sich am Ende durchzusetzen, womit der Bundesrat doch eine Verordnungsautonomie erhalte.

Diskussion um Ausnahmen

Einige andere Differenzen zwischen den Kammern bleiben nach den Beschlüssen des Nationalrats vom Montag ebenfalls noch offen. Dies betrifft etwa die generellen Ausnahmen von den neuen Regeln für den Derivatehandel (sollen neben dem Bund auch Kantone und Gemeinden ausgenommen sein?) und zusätzlich die speziellen Ausnahmen von Meldepflichten für Derivate-Transaktionen (Zusatzausnahme für kleine Akteure ausserhalb des Finanzsektors?). Auch zu den Bussen bei fahrlässiger Verletzung der Meldepflichten bezüglich Beteiligungen ist noch eine kleine Differenz zu bereinigen.

Sanfte Kritik an der Post auf hohem Niveau

Die Postkommission fordert Augenmass beim Abbau der Hauszustellung

Die Post hat 2014 die Hauszustellung leicht reduziert. Das Vorgehen hat laut der Postkommission zu Problemen geführt. Sonst attestiert sie der Post Dienstleistungen von hoher Qualität.

For. Bern - Bei den wichtigsten Eckwerten schneidet die Post mit sehr guten Noten ab. Sie hat 2014 die Vorgaben zur Grundversorgung übererfüllt, wie der Bericht der eidgenössischen Postkommission (Postcom) aufzeigt. 97,7 Prozent der A-Post-Briefe und 99 Prozent der B-Post-Briefe kamen pünktlich an. 93,7 Prozent der Bevölkerung erreichen eine Poststelle oder -agentur zu Fuss oder mit dem ÖV in weniger als 20 Minuten. Den leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr führt die Postcom auf das Bevölkerungswachstum zurück, das sich auf gut erschlossene Gebiete konzentrierte. Postcom-Präsident Hans Holtenstein zog am Montag eine positive Bilanz. Der Postmarkt funktioniere gut, die postalische Versorgung sei hervorragend.

Beim Poststellennetz nutzt die Post den durch den Gesetzgeber gewährten Spielraum. Die Zahl der Poststellen hat sie um 100 Einheiten auf 1562 reduziert. Postagenturen gibt es mittlerweile 660 (+91) und Hauservice-Lösungen 1278 (+19). Dies ergibt zusammen unverändert wie im Vorjahr 3500 Zugangspunkte. Seit 2013 läuft die Umwandlung von Poststellen laut Postcom geräuschlos ab. Nur in rund 5 Prozent der Fälle gelangten die Gemeinden an die Kommission. Die Akzeptanz von Agenturen nehme insbesondere wegen der längeren Öffnungszeiten zu. Die im letzten Bericht gemachten Vorschläge zu den Öffnungszeiten – häufiger über Mittag und am Abend länger – stiessen bei der Post auf offene Ohren. Laut Holtenstein

laufen zahlreiche Pilotversuche. Sanfte Kritik bringt Postcom beim Abbau bei der Hauszustellung an. Die Post prüft diesen Service vor allem bei Handänderungen. 2014 verloren 69 Häuser – vor allem in der Westschweiz – die reguläre Zustellung. Dies gilt es indes in Relation zu stellen zu den 1,7 Millionen durch Postboten bedienten Häusern. Die Postcom weist darauf hin, dass eine buchstabengetreue Umsetzung des Siedlungsbegriffes eine relativ hohe Zahl von bewohnten Häusern von der Zustellung ausschliessen würde. Als Siedlung gilt eine Gruppe von mindestens fünf Häusern auf höchstens einer Hektare Fläche. Sie erwarte, dass die Post damit verhältnismässig umgehe. Angesichts des Machtgefälles zwischen der Post und den Eigentümern erachtet sie die Postcom als problematisch, dass Vereinbarungen über eine Ersatzlösung zur Hauszustellung der Vertraulichkeit unterliegen.

Rassismus gegenüber Schwarzen nimmt zu

Bericht der Beratungsstellen

(sda) - Rassistische Diskriminierung gegenüber Menschen mit dunkler Hautfarbe hat im vergangenen Jahr zugenommen. Beratungsstellen verzeichneten ausserdem mehr rassistische Vorfälle im öffentlichen Raum, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Quartieren und in den Medien. Dies geht aus dem am Montag veröffentlichten Monitoringbericht 2014 des Beratungsnetzes für Rassismuskritik hervor. Insgesamt wurden 249 Fälle von 15 Beratungsstellen ausgewertet. Das sind 57 Fälle mehr als im Jahr zuvor. Dieser Anstieg erkläre sich vor allem mit der Integration von vier weiteren Stellen ins Beratungsnetz.

Die meisten Fälle wurden von den Direktbetroffenen gemeldet. Männer wenden sich häufiger an eine Beratungsstelle als Frauen. Das meistgenannte Tatmotiv ist die Ausländerfeindlichkeit, vor dem Rassismus, der sich gegen Schwarze richtet. Zahlreich geblieben sind Diskriminierungen von Muslimen und Muslimen. Auffällig ist 2014 die starke Zunahme im Bereich des Rassismus gegen Schwarze (+34 Prozent). In dieser Hinsicht braucht es gezielte Präventionsmassnahmen, wie es im Monitoringbericht heisst. Bemerkenswert sei auch die starke Zunahme an Vorfällen, die einen rechtspopulistischen oder rechtsextremen Hintergrund aufweisen.

IN KÜRZE

Gleich mehrere Abstimmungspannen

(sda) - Am Abstimmungssonntag sind in Rapperswil-Jona 1000 Ja-Stimmen für die kantonale Steuergerechtigkeitsinitiative nicht gezählt worden. In der Gemeinde Witterswil wurden bei der Abstimmung über die Präimplantationsdiagnostik die Ja- und die Nein-Stimmen vertauscht. Demnach lehnte Witterswil die Vorlage nicht ab, sondern nahm sie an, wie die Solothurner Staatskanzlei am Montag mitteilte. Im Wallis kam es zu Fehlern bei der Erfassung der Stimmen zur kantonalen Verfassungsrevision. Bei der Übertragung der Stimmen ins Informatiksystem seien in Einzelfällen die Eingabefelder vertauscht worden, teilten die Walliser Behörden mit.

Völkerrecht vor Volk

loaf. - Für internationale Verträge, die verfassungsmässigen Charakter aufweisen, soll ausdrücklich das obligatorische Referendum eingeführt werden. Dies verlangt Nationalrat Andrea Caroni (fdp, Appenzell-Ausser rhoden) in einer am Montag eingereichten Motion (NZZ 13.6.15). Der Bundesrat soll dem Parlament eine entsprechende Revision der Bundesverfassung vorlegen. Bis jetzt gilt das obligatorische Referendum in solchen Fällen lediglich implizit. Nicht nur die demokratische Mitsprache, sondern auch das für die Schweiz wichtige Völkerrecht würde auf diese Weise innerstaatlich gestärkt, so Caroni.

Mehr sexuelle Gewalt

(sda) - Fast 9000 Menschen sind 2014 in der Schweiz Opfer von Straftaten im häuslichen Bereich geworden. Die Zahl der Fälle von häuslicher Gewalt sank im Vergleich zu den Vorjahren leicht, gleichzeitig stiegen aber die schweren sexuellen Straftaten auf ein Rekordniveau. In diesem Bereich verzeichnete das BIS 40 Straftaten mehr. Das entspricht einer Zunahme um 11 Prozent – und dem höchsten Stand seit 2009.

Kampagne gegen Spielsucht

dsr. - Die Organisation Sucht Schweiz hat am Montag im Auftrag von zehn Deutschschweizer Kantonen eine Sensibilisierungskampagne zu den Risiken des Glücksspiels lanciert. Zentral neben Plakaten und Spots ist die Website www.sos-spielsucht.ch, über die auch anonyme Beratungen möglich sind und auf der regionale Fachstellen aufgelistet sind. Die Kantone erhalten von den Lotterien Mittel für die Prävention. Laut Sucht Schweiz gelten hierzulande 28 000 Personen als glücksspielsüchtig. Eine Studie der Spielbankenkommission stellte 2014 sinkende Zahlen fest.